

Regierungskrise im Sinne der AfD

Für die Partei von Alice Weidel läuft alles nach Plan:
Der Eklat um die abgesagte Richterwahl folgt
der neuen AfD-Strategie. Die zielt auf
die Zerstörung der Koalition ab. *Von Volker Weiß*

Die AfD hat sich einmal mehr als Meisterin darin erwiesen, die Öffentlichkeit an der Nase herumzuführen. Erst kürzlich ging die Meldung um, die Partei habe sich auf der Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion neue Benimmregeln auferlegt. Ein neuer Verhaltenskodex solle das Image der Partei aufpolieren und dafür sorgen, dass ihre Abgeordneten der auch weltanschaulich stets beschworenen „Bürgerlichkeit“ entsprechen.

Das wäre notwendig, denn tatsächlich gilt die AfD seit Beginn ihrer Parlamentskarriere als bar der bürgerlichen Tugenden und ausgesprochen verhaltensauffällig. Ganz in der Manier von NPD, DVU und Republikanern früher dient ihren Abgeordneten das Parlament hauptsächlich als Bühne, sind nicht die anderen Parlamentarier Adressaten ihrer Beiträge, sondern die Gefolgschaft draußen an den Bildschirmen.

Selbstverharmlosung nach außen, Radikalisierung nach innen

Daher gilt bei den selbst ernannten Wächtern abendländischer Kultur die Regel: Je rüpeliger, desto besser. Es bleibt auch nicht bei öffentlichen Attacken durch schrille Redebeiträge. Die gesamte Performance der AfD-Fraktion im Bundestag ist als Droh- und Druckkulis choreografiert. Gelächter, Feixen und Verhöhnungen gehören zum festen Repertoire und vermitteln eine Aggression weit über das übliche Maß des parlamentarischen Konflikts hinaus. Abgeordnete anderer Fraktionen berichten immer wieder von ausgesprochen rüdem Verhalten der AfD-Parlamentarier besonders gegenüber Frauen anderer Parteien.

Die Flegelleien der Partei sind messbar, bei der Anzahl der disziplinierenden Ordnungsrufe und Rügen liegt die AfD-Fraktion weit vorn. In ihren Reihen hält man diese Statistik allerdings für einen Leistungsnachweis. Als rhetorische Rammböcke scheinen besonders Stephan Brandner und Beatrix von Storch im Einsatz, der Jurist und die Adelige kassieren überdurchschnittlich viele Verweise und lassen keinen Willen zur Besserung erkennen. Auch AfD-Frontfrau Alice Weidel, die sich bei ihren Reden regelmäßig besonders gekonnt selbst in Rage zu versetzen versteht, scheint nicht viel von einer gepflegten Debattekultur zu halten.

Die Nachricht von der angelobten Mäßigung hatte kaum die Runde gemacht, als es in der Haushaltsdebatte des Bundestags schon wieder so hoch herging, dass Parlamentspräsidentin Julia Klöckner der AfD-Fraktionschefin aufgrund von Pöbeleien kurzerhand mit Saalverweis drohte. Nun wurde gegenüber der Öffentlichkeit also ein Mäßigungsbeschluss kommuniziert, nur macht niemand Anstalten, ihn umzusetzen.

Dieses Spiel der doppelten Kommunikation beherrscht man in der Neuen Rechten schon sehr lange, längst hat es auch die AfD gelernt. Dabei gehen Selbstverharmlosung nach außen mit einer ungebremsten Radikalisierung nach innen Hand in Hand, trotz einiger kosmetischer Maßnahmen bleibt alles beim Alten. So hieß es, die AfD-Fraktion wolle künftig bestimmte Schlüsselbegriffe der extremen Rechten vermeiden. Doch ob nun Neonazis vom „Volks-tod“ und die neurechten Identitäten vom „großen Austausch“ sprechen oder eben Weidel die angebliche „Transformation des Staatsvolkes“ anklagt, macht inhaltlich keinen Unterschied.

Das Ziel ist die Steigerung der Akzeptanz der AfD im Westen

Und doch hat die AfD in der Generaldebatte angefangen, ihre Arbeitsergebnisse der Fraktionsklausur umzusetzen. Die bestanden allerdings nicht in dem gemeldeten Aufruf zur Mäßigung, sondern in einem gegenteiligen Konzept. Die englischsprachige Zeitschrift *Politico* hat gerade ein Dokument mit dem Titel „Einleitung des Strategieprozesses“ geleakt, mit dem auf der Klausurtagung die künftige Linie festgelegt worden sein soll. Wie die Zeitschrift berichtet, sei mit der Ausarbeitung des Konzepts Beatrix von Storch beauftragt worden, die dabei von ihren guten USA-Kontakten profitiert haben soll – denn das Konzept ist deutlich vom Geist des Trumpismus geprägt. Der Plan sieht nichts Geringeres vor als die Zerstörung der bestehenden Regierungskoalition durch massive Einwirkung auf die CDU, um anschließend mit deren Hilfe Alice Weidel den Weg ins Kanzleramt zu ebnen.

Erstes Etappenziel dafür ist der Abriss der Brandmauer, also jener imaginären Barriere, die bislang eine parlamentarische Kooperation mit der AfD weitgehend verhindert hat. Der Begriff stammt übrigens aus der AfD selbst, ursprünglich kam der vormalige AfD-Chef Jörg Meuthen

eine „Brandmauer“ innerhalb der Partei gegen den völkischen Flügel beschworen. Bekanntlich ging der Plan nicht auf, anstelle der Rechtsextremisten musste Meuthen weichen. Aus diesen Vorgängen hat die AfD gelernt, dass nicht Mäßigung, sondern nur Offensive ihren Bestand garantiert.

Die Strategie hat mehrere Schwerpunkte. Zum einen soll langfristig auch im Westen die Akzeptanz der AfD gesteigert werden, gezielt will man neue Wählerschichten erschließen. Dazu zählen die bislang unterrepräsentierten Gruppen wie ältere Menschen, Frauen und Akademiker. Auf sie zielen das Gerücht der Mäßigung und die Vermeidung allzu offensichtlicher Semantiken. Aus dem Papier wird deutlich, dass der Partei die Debatte um ein Verbotungsverfahren schwer im Magen liegt und als Hindernis für die gewünschte Erschließung der westlich-urbanen Milieus gilt. Mit einer gesteigerten Akzeptanz im gesamten Bundesgebiet, so das Kalkül, muss hingegen die Brandmauer stürzen und einem Zusammengehen mit der CDU stünde nichts mehr im Wege.

Um dies zu erreichen, will die Partei einerseits die SPD nach links und die CDU nach rechts zwingen. Es gelte, steht im Konzept, Schwarz-Rot zu „spalten“, um die destruktive Dynamik einer „Ampel 2.0“ zu schaffen. Dafür will die Partei den Markenkern der CDU attackieren. Mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik als Sollbruchstelle sollen die „Gegensätze“ in der Regierungskoalition „unüberbrückbar“ gemacht werden. Bereits jetzt stürzt man sich auf die Konzessionen, die Merz der SPD gemacht hat, wie Weidels „Lügenkanzler“-Zwischenrufe in der Generaldebatte zeigten. Der jüngste Streit in der Berliner Koalition um die Nominierung von Frauke Brosius-Gersdorf als Richterin am Bundesverfassungsgericht hat einen ersten Vorgehensschmack auf das gegeben, was noch kommen wird – auch hinsichtlich der Frage, welche Teile der CDU der AfD entgegenkommen wollen.

Die Union muss verstehen, dass die AfD sie über die linke Bande anspielt

Um Linke, SPD und Grüne „nach links“ zu treiben und die Kluft zwischen dem progressiven und dem konservativen Lager noch zu vergrößern, kündigt das Papier weitere Kulturkämpfe an. Offensichtlich will man alle politischen Kräfte außer der CDU zu „Linksradikalen“ erklären, um sich selbst als „bürgerliche Alternative“ anbieten zu können. Das klingt nach Magdrebuch und lässt nicht Mäßigung erwarten, sondern andauernde und möglichst schrille Provokationen.

Moderat sieht allein der Vorschlag des Konzepts aus, in westdeutschen Städten verstärkt Wählerschichten mit Migrationshintergrund zu umwerben. In dieser Hinsicht hat die Partei ihre Hausaufgaben gemacht und erkannt, dass in Westdeutschland an diesen Gruppen kein Weg mehr vorbeiführt. Längst gibt es Beispiele aus Österreich oder Frankreich, wo der äußersten Rechten die Einbindung alteingesessener Zuwanderer gelungen ist. Autoritarismus, Traditionalismus und Chauvinismus sind ja nicht an Ethnien gebunden, und manche migrantischen Milieus dürften mit ihren Wertvorstellungen sehr nah an der AfD sein.

Die Debatte, sich politisch auf „rechte Ausländer“ zuzubewegen, wird schon seit Längerem in der ganzen äußersten Rechten geführt und entzweit mitunter politische Wegegefährten. Erst kürzlich gerieten in dieser Frage der AfD-Abgeordnete Maximilian Krah und der neurechte Aktivist Götz Kubitschek öffentlich aneinander. Krah wollte das Stimmenpotenzial bergen, Kubitschek sah hingegen den ethnischen Kern von Nation und Kultur gefährdet. Da so eine „blutliche“ Herleitung des Deutsch-tums für die Bewertung der Partei als rechtsextrem durch den Verfassungsschutz zentral ist, liegt es nahe, sich in diesem Punkt etwas zu bewegen.

Im Zuge ihrer Fraktionsklausur verkaufte die AfD der Öffentlichkeit also das Gerücht ihrer Mäßigung und plante intern eine Strategie weiterer Polarisierung. Im Zentrum ihrer Pläne steht das Werben um die CDU durch die Provokation der anderen. Die Union muss also verstehen, dass sie so von der AfD über die linke Bande angespielt werden wird. Lässt sie sich schon im Kulturkampf um Regenbogenflaggen in eine Front ziehen, wird sie zur Steigbügelhalterin. Doch wird sie im Zusammengehen mit der AfD nichts einhegen, sondern nur verlieren können. Erfolg oder Misserfolg des Strategiekonzepts der AfD hängt also davon ab, ob alle anderen die Contenance bewahren können.

Volker Weiß, geboren 1972, ist Historiker und Publizist. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist die Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten, zuletzt erschien von ihm „Das Deutsche Demokratische Reich: Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört“ (Klett-Cotta).



„Hoffentlich ist es Moosbeton“: Fassadenbegrünung, wenn auch ohne Moos. Dahinter: ein Haus.

FOTO: IMAGO/IMAGEBROKER/GERD HARDER

Wir bauen uns Städte aus Popcorn

Früher hätte man bei grün bewachsenem Beton zum Kärcher gegriffen, heute kriegt man ein Öko-Zertifikat. In Zukunft könnten Häuser auch aus Algen, Hanf, Moos und Kaffeesatz bestehen. Verrückt? Nein, vernünftig.

Das Materialprüfungsamt für das Bauwesen, kurz MPA, Teil der Technischen Universität München, muss jetzt tapfer sein. Als man das letzte Mal das ehrwürdige Amt in der Theresienstraße besucht hat, als Architekturstudent, wurde dort hauptsächlich Stahlbeton geprüft. Auf einem Poster war zu lesen: „Hoffentlich ist es Beton“. Das stammt aus einer Werbekampagne der Neunzigerjahre. Es könnte aber sein, dass das MPA in Zukunft Kaffeesatz, Algen, Pilze, Bakterien, Hanf und Popcorn prüft. Das Poster-Update könnte so aussehen: „Hoffentlich ist es Moosbeton.“

Moos gehört zu den vielen neuen und in diesem Fall uralten Materialien am Bau, die seltsam alltäglich und gleichzeitig futuristisch anmuten. Was aktuell in der Bau-forschung passiert auf dem Terrain alternativer Materialien, erinnert an eine Film-Szene aus „Zurück in die Zukunft“. Dort reist der genialische Dr. Brown mit Hilfe des Fluxkompensators, dessen Wirklichkeit man hoffentlich noch erleben wird, aus der Zukunft in die Gegenwart – wo er alte Bananenschalen und den Rest einer Miller-Bier-Dose (kalorienreduziert) aus der Mülltonne in den Tank seiner fliegenden Zeitmaschine auf Rädern stopft. Um Energie zu haben für den Rückflug in die Zukunft. Bananen spielen in der Zukunft des Bauens möglicherweise auch eine Rolle. Eine im Wortsinn tragende.

Am japanischen Institute of Industrial Science haben Materialforscher ein Verfahren entwickelt, „mit dem Lebensmittelreste in eine nachhaltige und stabile Beton-Alternative verwandelt werden können“. Zumindest das *Good News Magazin* feiert schon mal: „Die Städte und Häuser der Zukunft könnten aus Bananenschalen oder Resten von Orangen und Zwiebeln bestehen.“ Das wäre dann der dazugehörige Dialog: „Wo wohnen Sie denn?“ – „Ach, gleich da drüben, zwischen dem Ananashaus und dem Zwiebelturm.“

Klar, das ist eine Vision. Helmut Schmidt hätte zum Arztbesuch geraten. Interessant ist es trotzdem. Aktuell gibt es nichts, das es nicht gibt in den Forschungslaboren der Universitäten und Baustoffproduzenten. Etwa Kaffeesatz. Jährlich fallen davon zehn Milliarden Kilogramm an, weiß die BZ. Die aktuell auch darüber informiert: „Forscher aus Australien haben in einer Studie herausgefunden, dass Beton um 30 Prozent fester werden könnte, wenn er mit Kaffeesatz vermischt wird.“ Eigent-

lich ist das kalte Kaffee, die Studie von der RMIT University in Melbourne stammt aus dem Jahr 2024. Trotzdem darf das Ganze gerne noch mal aufgebrüht werden. Zumal in Zeiten, in denen immer mehr Nahrungsmittel achtlos weggeworfen werden.

Das Thema wird dringlicher von Tag zu Tag, wobei Kaffeesatz und Beton eigentlich das Gangsterpärchen der Architektur schlechthin sind: Bonnie und Clyde am Bau. Bei der Entsorgung von Kaffeesatz werden Treibhausgase wie Methan und Kohlendioxid frei. Beton aber, zu dessen Herstellung Zement notwendig ist, ist ohnehin der übelste Klimakiller. Um Zement zu gewinnen, muss ein Gemisch aus Kalkstein und Ton unter extremer Hitze bei etwa 1450 Grad gebrannt werden.

Geschätzt wird, dass allein die Zementherstellung weltweit für bis zu acht Prozent der gesamten anthropogenen CO₂-Emissionen verantwortlich ist. Infrastruktur, Häuser, ein Großteil der modernen Metropolen: undenkbar ohne Stahlbeton. Es ist der billigste Baustoff der Welt – und der klimaschädlichste. Das Recycling von Kaffeesatz ist nicht nur eine Möglichkeit, den Beton stabiler zu machen. Es könnte auch den Ausstoß von Treibhausgasen bei der Produktion mindern. Genial: Die Kaffeesucht der Welt löst die Probleme einer nach Beton süchtigen Bauindustrie. Leute, die dauernd in die Büro-Cafeteria verschwinden, sind also gar keine faulen Säcke: Sie retten die Welt per Doppio.

Hier die „Top 5“ auf der Liste der „ausgefallenen Baustoffe“, die auf der Homepage des Wiener Bauunternehmens Porr herumgereicht wird: Pilze, Woodoo (ein mit einem biobasierten Polymer versetztes Holz), Aerographit, Hanf und, auf Platz 1, Popcorn. Echt? Echt. Ein Forschungsteam der Universität Göttingen hat Popcorngranulat gepresst und mit Sperrholz ummantelt. Herausgekommen sind Platten, die wie Gipskarton oder Styropor verwendet werden können. Doch sind sie leichter, können recycelt, sogar kompostiert werden. Popcorn ist eine humane Biowaffe am Bau.

Die meisten Experimente zielen auf alternativen Zuschlagstoffe bei der Betonherstellung. Das ist schon deshalb sinnvoll, weil so die Klimabilanz verbessert werden kann. Zweitens lässt sich oft die Tragfähigkeit optimieren. Drittens ist Sand, neben Zement und Wasser die dritte Zutat von Beton, eine vom Aussterben bedrohte Ressource. Denjenigen Sand nämlich, der sich

für die Betonherstellung eignet, gibt es nicht „wie Sand am Meer“. Man hat schon erlebt, wie einem kleinen Mädchen am Strand von Sardinien das Eimerchen voller Sand abgenommen wurde. Ob von der Mafia oder der Strandpolizei: unklar. Oder sollten es etwa Klimakleber gewesen sein?

Im April hatten sich Ökoaktivisten der Gruppe „End Cement“ auf die Zufahrt eines Zementwerks von Heidelberg Materials in Leimen geklebt. Mit einer, wie es hieß, „unbekannten Substanz“. Mutmaßlich war es kein Zement. Aber klar: Die Zeiten sind krisenhaft. Der Klimawandel geht vor lauter politischer Dynamik, die auf anderes zielt (Panzer, Mütterrenten, sich bei Abstimmungen blamieren), derzeit etwas unter. Ungefähr so wie Teile von Texas in einem sonst harmlosen Flussbett.

Das Bauen ist vernarrt ins Traditionelle wie keine andere Kulturtechnik

Da ist es eine gute Nachricht, dass die inkriminierte Baustoff-Industrie futuristischen Schwung in die Baumärkte bringt. Etwa mit Moosbeton. Das niederländische Start-up Respyre, angesiedelt an der Technischen Universität Delft, produziert „biorezeptiven Beton“. Gemeint ist eine Schicht aus recyceltem Beton, die auf normalem Beton aufgetragen werden kann und eine Basis für eigenständiges Wachstum von Moos bildet, ohne das darunterliegende Material zu beschädigen. Auch in Deutschland wird daran geforscht.

Die nächste Hitzewelle kommt bestimmt: Moos ist ein natürlicher Kühlschrank für überhitzte Beton-Steppen. Außerdem fungiert Moos als Feinstaubfilter. Es verbessert das Mikroklima und ist: so was von im Trend. Eigentlich kann es fast keinen Friseurluden und kein Wohnzimmer mehr geben ohne Moos, eingerahmt an der Wand. Die Design-Plattform „Houzz“ meint: „Moos im Interieur: Wie die Jahrmillionen alte Pflanze heute Räume belebt.“ Früher hätte man bei moosigem Beton zum Kärcher gegriffen, heute bekommt man dafür ein Öko-Zertifikat.

Manche Nachrichten aus den Bau-Laboren klingen nach einer Überdosis Fantastik. Aber das galt schon für die Erfindung des Betons, den es in seiner Vorform als „römischen Beton“ (Opus caementitium) seit der Antike gibt. Daraus wurde im Lauf der

Jahrtausende ein Wunderstoff am Bau, ohne den es die gesamte Moderne in Architektur, Infrastruktur und Städtebau nicht gegeben hätte. Aktuell ist er aber der Bad Guy unter den Baustoffen. Eben deshalb ist er auch eine Kraftquelle der Kreativität. Das schlechte Gewissen wirkt anregend.

Das gilt auch für das gute Gewissen – und beides führt, wie so oft in Deutschland, zu Kulturkämpfen. Zum Beispiel in Mühltal im Hessischen. Dort entspricht ein Stück Bürgersteig nicht den Vorstellungen der Gemeindeverwaltung. Denn an den Rändern zum Grundstück eines Hauses und an der Bordsteinkante wird der Gehsteig aus Betonplatten überwuchert von Brennnesseln, Seifenkraut und anderen Pflanzen, die für die Gemeinde Unkraut darstellen. Für die Hauseigentümerin aber: Biodiversität.

Die 61-Jährige wurde wegen Verstoßes gegen die Satzung zur Straßenreinigung vor das Amtsgericht zitiert. Im Juni gab das Gericht der Gemeinde recht, ordnete die Entfernung der Biodiversität beziehungsweise des Unkrauts an und verhängte ein Bußgeld. 50 Euro. Das Gericht meint, die Frau müsse sich an die Regeln halten. Die Frau sagt: „Dann sind die Regeln eben falsch.“

Das ist die Frage. Nicht nur, was die Biodiversität betrifft, sondern auch in Sachen Bau-Diversität. Es gibt wenige Kulturtechniken, die so vernarrt sind ins Traditionelle wie das Bauen. Die letzten großen Erfindungen? Eisen als Tragwerk im 18. Jahrhundert. Beton als Tragwerk vor mehr als 2000 Jahren. Im Prinzip entstehen die Häuser der Gegenwart auf Baustellen, die organisiert sind wie Dombauhütten des Mittelalters. Und auch wenn es bemerkenswerte Entwicklungen mit 3D-Druckern, Fortschritte beim seriellen Bauen, Bau-Botanik und die Robotik gibt als innovative Ansätze (und anderes mehr): Häuser und Städte werden wie früher gebaut und wie früher bewohnt. Das innovative Denken auf dem Bau gibt es theoretisch. Praktisch haben es Quer- und Vordenker schwer.

Ob Popcorn im Beton bizarr oder vernünftig ist, muss sich erst noch erweisen. Da aber das Bauen ursächlich ist für den Großteil aller Umweltprobleme, kann gar nicht genug Energie in Experimente, Erkundung und Erprobung fließen. Das Bauen kann sich neu erfinden. Vielleicht muss es das auch. Ob es so kommt: Das steht im Kaffeesatz.

Gerhard Matzig

Und raus bist du

Der Rauswurf des erfolgreichen Intendanten am Theater Senftenberg, Daniel Ris, wirft Fragen auf. Etwa diese: Ist das Ganze politisch motiviert?

Wenn ein Intendant nach nur drei Jahren erfährt, dass sein Vertrag nicht verlängert wird, hat er entweder eine miserable Leistungsbilanz – oder er hat sich bei Entscheidern in der Politik unbeliebt gemacht. So geht es Daniel Ris, seit 2022 Intendant der Neuen Bühne Senftenberg im Süden Brandenburgs. Dass er sich gegen Rechtsextremismus engagiert und auf einer Demonstration in der Stadt gesprochen hat, gefällt in der Region, in der die AfD bei Wahlen rund 30 Prozent erreicht, möglicherweise nicht jedem.

Im Foyer des Theaters hängt ein Regenbogenschild: „Kein Platz für Rassismus, Antisemitismus, Homofeindlichkeit, Nationalismus, Diskriminierung“. So viel Haltung muss sein, findet Ris. Aber er macht kein verbissenes Agitprop-Theater, im Gegenteil. Diesen Monat stehen das Musical

„Shakespeare in Love“ und die *Bee-Gees*-Show „Night Fever“ auf dem Spielplan. Die Big Band des Bundespolizeiorchesters spielt auch. Das funktioniert in der Kleinstadt.

Vergangenes Jahr erreichte das Theater in Senftenberg und bei Gastspielen in der Region etwa 68 000 Theaterbesucherinnen und -besucher – in einer Stadt mit 23 000 Einwohnern. Die Platzausnutzung liegt bei satten 82 Prozent, die Einnahmen sind hoch, das Theater konnte Rücklagen bilden. Auf diese Bilanz wären viele andere Bühnen stolz. Weshalb dann also die merkwürdige Entscheidung der Lokalpolitik, den Intendanten-Vertrag Ende übernächster Spielzeit auslaufen zu lassen?

Auf SZ-Anfrage geben sich Senftenbergs Bürgermeister Andreas Pfeiffer

(CDU) und der Landrat des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, Siegrid Heinze (parteilos), in ihrer schriftlichen Antwort wortkarg: Der Zweckverband als Träger des Theaters „behandelt laufende Abstimmungen zu personellen Entwicklungen vertraulich“. Eine Erklärung für den Rauswurf des erfolgreichen Intendanten ist das nicht. Immerhin wollen Bürgermeister und Landrat gegenüber der SZ „klar entkräften“, dass es „einen Zusammenhang zwischen dem zivilgesellschaftlichen Engagement und etwaigen Entscheidungen“ geben könnte. Nur: Weshalb wollen sie ihn dann loswerden?

Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg ist man über die Entscheidung, Ris nicht zu verlängern, nicht glücklich. Kulturministerin Manja Schüle (SPD) schätzt

„Herrn Ris außerordentlich“. Er habe mit „attraktiven Kulturangeboten, engagierten Jugendprojekten und klarer Haltung für glänzende Auslastungszahlen und überregionale Strahlkraft gesorgt“. Ihr Ministerium war an der Entscheidung „nicht beteiligt“.

Hier rächt sich eine echte Fehlkonstruktion. Das Kulturministerium trägt zwar mehr als die Hälfte der Zuwendungen des Theaters, hat aber bei Personalentscheidungen rein gar nichts zu melden. Im Zweifel kann der Landrat alles allein entscheiden. Die lokale AfD dürfte sich über seine Entscheidung freuen. Die Intendanten der Brandenburger Theater jedoch protestieren in einer gemeinsamen Erklärung gegen den Rauswurf ihres Kollegen, die sie „mit Befremden und Erstaunen“ zur Kenntnis nehmen. **Peter Laudenbach**